



# Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Staatsministerium · Richard-Wagner-Straße 15 · 70184 Stuttgart

Asylzentrum Tübingen e. V.

Frau Beate Kolb

Herrn Dr. Ulrich Ziegler

Neckarhalde 40

72070 Tübingen

Datum 05.02.2020

Name Sugg-Adolphs

Durchwahl 0711 2153-0

Telefax 0711 2153-453

Aktenzeichen IV- 135.

(Bitte bei Antwort angeben)

## Hilfe für Flüchtlinge auf griechischen Inseln

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen von Herrn Ministerpräsident Kretschmann danke ich für Ihr Schreiben, welches uns von vielen Unterstützern zugesandt wurde. Leider kann Herr Ministerpräsident Kretschmann aufgrund der großen Anzahl an eingehenden Schreiben nicht alle selbst beantworten und hat mich daher gebeten, Ihnen zu schreiben.

Sie wenden sich mit Ihrem Brief an Herrn Ministerpräsident Kretschmann, weil Sie das Schicksal der Flüchtlinge in den überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln erschüttert. Sie verweisen auf die deutsche Verantwortung, vor allem weil sich die europäische Staatengemeinschaft nicht einigen kann und eine Einigung nicht absehbar ist.

Auch Herr Ministerpräsident Kretschmann sieht die derzeitigen Bedingungen unter den Flüchtlingen in Aufnahmelagern, etwa auf den griechischen Inseln, mit Sorge. Aus seiner Sicht sind die teilweise anzutreffenden Zustände gerade für Kinder untragbar. Die Bereitschaft des Landes Baden-Württemberg, Hilfe zu leisten und Verantwortung zu übernehmen, steht daher außer Frage. Sie gebietet sich aus humanitären Gründen.

Richard-Wagner-Straße 15 · 70184 Stuttgart · Telefon 0711 2153-0 · Telefax 0711 2153-340 · [poststelle@stm.bwl.de](mailto:poststelle@stm.bwl.de)

[www.baden-wuerttemberg.de](http://www.baden-wuerttemberg.de) · [www.stm.baden-wuerttemberg.de](http://www.stm.baden-wuerttemberg.de) · [www.service-bw.de](http://www.service-bw.de)

Datenschutzhinweise unter [www.stm.baden-wuerttemberg.de/datenschutz](http://www.stm.baden-wuerttemberg.de/datenschutz) oder postalisch auf Anfrage.

Wie Sie sicherlich den Medien entnommen haben, lehnt die Bundesregierung ein derartiges Aufnahmeprogramm jedoch ab. Da die Länder solche Anordnungen jedoch nur im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Inneren treffen können, dieses aber derzeit nicht ersichtlich ist, wird es zunächst keine zusätzliche Aufnahme von Kindern aus den griechischen Flüchtlingslagern geben.

Die maßgebliche Entscheidung ist somit auf Bundesebene zu treffen und Baden-Württemberg sind hierdurch die Hände gebunden.

Ungeachtet dessen hat Herr Ministerpräsident Kretschmann seine grundsätzliche Bereitschaft zur Aufnahme von unbegleiteten Kindern aus den griechischen Flüchtlingslagern erklärt und wird zu diesem Wort stehen, falls die Bundesregierung ihre ablehnende Haltung ändert.

Abschließend möchte ich Ihnen einen besonderen Dank für Ihre Hilfsbereitschaft und Ihr Engagement aussprechen. Denn Menschen wie Sie sind es, die es ermöglichen, dass der berühmte Satz „Wir schaffen es“ Wirklichkeit wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Sugg-Adolphs